



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des
Sachverständigenrates für Verbraucherfragen**

1. Der SVRV empfiehlt eine bessere und breiter aufgestellte Verbraucherforschung, am besten durch Einrichtung zweier außeruniversitärer Forschungszentren, die bundesseitig vom für Verbraucherfragen zuständigen Bundesressort finanziert werden. Unterstützen Sie diesen Vorschlag?

Antwort:

Seit CDU und CSU 2005 die Federführung der Bundesregierung übernommen haben, haben wir die Fördermittel für Forschung und Entwicklung massiv erhöht. Auch die Verbraucherforschung ist ausgebaut worden. Diese Politik wollen wir weiterführen und erreichen, dass Wirtschaft und Staat bis 2025 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung aufwenden. Die Verbraucherforschung ist eine wichtige Grundlage für eine gute Verbraucherpolitik. Da sie ein stark interdisziplinäres und noch junges, dafür aber sehr breites Forschungsfeld ist, gilt es, sie zu fördern und auch ihre Strukturen zu stärken und zu entwickeln. Über konkrete Projekte und Strukturen werden wir nach der Bundestagswahl beraten und entscheiden. Beim Ausbau der Verbraucherforschung werden wir die Expertise des Sachverständigenrates einbeziehen.

Wir wollen auch eine Reform und bessere Ausstattung des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen prüfen. Dafür wollen wir die Arbeit des Sachverständigenrates vom Wissenschaftsrat evaluieren lassen, um Empfehlungen für seine Stärkung zu erhalten.

2. Der SVRV empfiehlt, den "Wohngeld- und Mietenbericht" der Bundesregierung zu einem umfassenderen "Wohnbericht" auszubauen. Insbesondere sollten die Belange von Eigentümerinnen und Eigentümern sowie von Wohnungslosen berücksichtigt werden. Unterstützt Ihre Partei diesen Vorschlag?

Antwort:

Der aktuelle Vierte Bericht der Bundesregierung über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland und Wohngeld- und Mietenbericht 2020 ist bereits sehr umfassend. Zudem wird es ab dem kommenden Jahr einen Wohnungslosenbericht geben, der künftig alle zwei Jahre veröffentlicht wird. Das Berichtswesen wird auf Grundlage neuer Entwicklungen stets weiterentwickelt. Insofern ist nicht auszuschließen, dass der o. g. Bericht ausgeweitet wird.

3. Durch die Folgen des Klimawandels hat sich die Gefahr für Gebäudeschäden erhöht, jedoch ist nur etwa die Hälfte aller Wohngebäude in Deutschland gegen Naturgefahren versichert. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Sicherstellung einer flächendeckenden Elementarschadenversicherung?

Antwort:

CDU und CSU ist wichtig, dass die Versicherungsquote gegen Elementarschäden deutlich steigt. Nach den wissenschaftlichen Prognosen werden mit dem Klimawandel auch Starkregenereignisse, Überschwemmungen, Stürme usw. zunehmen, so dass ein Bündel von Maßnahmen auf den Weg zu bringen ist. Die Elementarschadenversicherung spielt dabei eine wichtige Rolle zur Absicherung von Risiken der privaten Haushalte. Die Justizministerkonferenz hat die Einführung einer Pflichtversicherung wie auch alternative Möglichkeiten, wie ein verpflichtendes Angebot auf Seiten der Versicherungen, 2017 u. a. wegen verfassungsrechtlicher Bedenken abgelehnt. Die rechtliche Beurteilung muss nun schnell im Lichte der jüngsten Starkregenkatastrophe und des Klimaurteils des Bundesverfassungsgerichts neu überprüft werden. Inzwischen haben die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidentenkonferenz die Justizminister dazu explizit beauftragt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Justizministerkonferenz das Thema schon im November 2021 behandelt. Zudem werden wir die Information über die Absicherung von Elementarschäden noch verstärken.

4. Der SVRV empfiehlt insbesondere im Bereich Ernährung die Entwicklung eines gesetzlichen Rahmens für Gütesiegel, in dem zwingende Mindeststandards nach wissenschaftlich fundierten Kriterien sowie Mindestanforderungen für die Überwachung festgelegt werden. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag?

Antwort:

Wir wollen mehr Transparenz beim Lebensmitteleinkauf. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sollen klar erkennen können, was in den Lebensmitteln steckt, woher sie kommen und wie sie erzeugt wurden.

Unser Ziel ist eine verpflichtende europäische Haltungs-/Tierwohlkennzeichnung und auch auf EU-Ebene eine aussagekräftige, für die Verbraucherinnen und Verbraucher besser erkennbare Herkunftskennzeichnung für mehr Lebensmittel.

Immer mehr Menschen legen Wert auf regionale Lebensmittel. Sie sind für viele ein Stück Heimat. Wer sich mit regionalen, saisonalen Lebensmitteln ernährt, tut nicht nur etwas für die Umwelt, sondern unterstützt auch die heimische Landwirtschaft und stärkt regionale Wirtschaftskreisläufe. Wir wollen deshalb, dass Regionalität besser sichtbar wird. Wir werden das sogenannte Regionalfenster als Kennzeichnung weiterentwickeln und mehr Klarheit bei regionalen Lebensmitteln schaffen.

Zudem wollen wir ergänzend zum Öko-Siegel ein Nachhaltigkeitssiegel für konventionelle Agrarprodukte entwickeln.

5. Welche Maßnahmen zur Schließung der Versorgungslücken im öffentlichen Verkehr unterstützt Ihre Partei? Wie stehen Sie insbes. zur Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken, zur Prüfung alternativer Finanzierungsmodelle und zur Einführung leicht zugänglicher bedarfsorientierter Angebote?

Antwort:

Unser Ziel ist es, überall ein bedarfsgerechtes Grundangebot im öffentlichen Verkehr sicherzustellen. Wir wollen deshalb einen flächendeckenden Mindeststandard schaffen, der allen Menschen einen gleichwertigen, barrierearmen und einfachen Zugang zum ÖPNV gewährt. Den Deutschlandtakt werden wir im Fern- und Regionalverkehr realisieren.

Je besser Menschen über das Angebot der Verkehrsunternehmen informiert sind, umso mehr werden sie den ÖPNV nutzen. Wir unterstützen deshalb den Betrieb digitaler, offener und diskriminierungsfreier Mobilitätsplattformen als Eingangstür für alle Angebote des öffentlichen Verkehrs einschließlich des ÖPNV.

Eine wichtige Ergänzung des öffentlichen Verkehrs sind Poolingangebote und Bedarfshalte, für die wir bereits rechtsichere Rahmenbedingungen geschaffen haben und nun die neue Mobilität bei der Personenbeförderung voranbringen wollen.

Wir werden unser Verkehrsnetz in Stand halten und weiter zukunftsfest machen. Das heißt bei der Schiene Lücken zu schließen, Strecken zu elektrifizieren und mehr Kapazitäten zu schaffen. Das schließt die Reaktivierung von stillgelegten Schienenstrecken mit ein.

6. Viele Verbraucher:innen wünschen sich einen kohärenten Ordnungsrahmen, der sie unterstützt, nachhaltige Konsumententscheidungen zu treffen. Wie möchten Sie diesen Rahmen ausgestalten? Welche Barrieren für nachhaltigen Konsum haben Sie identifiziert und wie wollen Sie diese adressieren?

Antwort:

CDU und CSU trauen den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu, eigenverantwortlich und mündig zu entscheiden. Aufklärung, Information und Sensibilisierung stehen deshalb auch beim nachhaltigen Konsum für uns im Vordergrund. Nachhaltigkeit muss Teil der Verbraucherforschung und der Verbraucherbildung sein.

Wir setzen auf eine klare Lebensmittelkennzeichnung (siehe Antwort auf Frage 4) und stärken die Gesundheits- und Ernährungskompetenz. Gutes Schul- und Kitaessen wollen wir für jedes Kind gewährleisten. Die Lebensmittelverschwendung soll bis 2030 möglichst halbiert werden.

Wir werden Verbraucherinnen und Verbraucher bei Investitionen in besonders ressourcenschonenden digitalen Technologien unterstützen. Sie müssen bei Konsum- und Produktionsentscheidungen z. B. auf einen Blick nachvollziehen können, welche CO₂-Bilanz ein Produkt hat.

Nachhaltiger Konsum setzt ein entsprechendes Angebot an nachhaltigen Produkten und Lösungen voraus. Deshalb unterstützen wir nachhaltiges Produktdesign durch entsprechende Förderung und Rahmensetzung und die Ökodesign-Richtlinie der EU.

7. Welche Maßnahmen planen Sie, um die digitalen Verbraucherkompetenzen in der Bevölkerung zu stärken, insbesondere bei Älteren, formal weniger Gebildeten und Einkommensschwächeren?

Antwort:

CDU und CSU denken Politik von der Mitte der Gesellschaft und für alle Bürgerinnen und Bürger. Diese Verantwortung nehmen wir auch im digitalen Wandel wahr. Mit Verbraucherbildung und -aufklärung wollen wir die Datenkompetenz weiter stärken.

Wir wollen niemanden zurücklassen und behalten auch diejenigen im Blick, die nicht in einer digitalen Welt aufgewachsen sind und die weniger Kenntnisse in diesem Bereich haben. Wir werden dafür sorgen, dass staatliche Leistungen, ganz besonders diejenigen zur Daseinsvorsorge, für jedermann einfach zugänglich bleiben.

Wir werden Möglichkeiten zum digitalen Lernen schaffen. Nicht jeder muss digital werden, aber wer digital werden möchte, sollte dazu Hilfestellung bekommen können. Dies kann zunächst analog in den Volkshochschulen geschehen und später dann über Lernplattformen oder andere Online-Angebote. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sollen sich auf eigene Initiative digital weiterbilden können, um die Möglichkeiten einer digitalen Welt nutzen zu können.

8. Wie stehen Sie zu alternativen Vermittlungsmodellen für Verbraucherinformationen, die unterschiedliche Kapazitäten der Informationsaufnahme berücksichtigen, sowie insbes. zur Idee, Informationen von Plattformanbietern durch verbrauchergerechteres Design verständlicher zu machen?**Antwort:**

CDU und CSU stehen für gute klare Informationen, mit denen die Verbraucherinnen und Verbraucher auch etwas anfangen können und die sie schnell erfassen können. So wollen wir einfache verständliche Allgemeine Geschäftsbedingungen. Graphische Symbole/ Piktogramme können als Zusatzinformation, die schnell und z. B. auch von Menschen mit geringen Deutschkenntnissen gut erfasst werden können, sehr nützlich sein. Im Lebensmittelbereich haben wir z. B. mit dem Nutri-Score schon eine erweiterte visuelle Nährwertkennzeichnung eingeführt.